

NOMINIERUNGEN

DAS EINWANDERUNGS- LAND DEUTSCHLAND GEMEINSAM GESTALTEN

Träger:

Jugendbildungsstätte

Kurt Löwenstein, Werneuchen

Internet:

<http://tiny.cc/Einwanderungsland>

Etwas Besonderes (und noch viel zu Seltenes) an diesem Projekt war die bewusste Ansprache von verschiedenen Herkunftsgemeinschaften – Jugendliche mit türkischer Herkunft, aus der ehemaligen Sowjetunion und jüdischen Glaubens – und die Kooperation mit den jeweiligen institutionellen Ansprechpartnern. Diese bewusste Wahrnehmung der Unterschiedlichkeit von Menschen verschiedener Herkunft setzte sich in der Konzeption der Seminare fort, die sich mal an homogene (teilweise auch geschlechtshomogene) Gruppen, mal an gemischte Migrantengruppen sowie an Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund richteten. Auf diese Weise konnten zielgruppenspezifische und daher optimal angepasste Seminare durchgeführt werden, die an biografische Gemeinsamkeiten und Unterschiede anknüpfen, starre Identitätskonstruktionen befragten und

kommen. Angesprochen wurden Jugendliche mit türkischer Herkunft, jugendliche Ausländer/innen aus der ehemaligen Sowjetunion und jugendliche jüdischen Glaubens, deren Eltern ebenfalls aus der ehemaligen Sowjetunion nach ihrem Zusammenbruch einwanderten.

Das Projekt verfolgte mehrere Zielstellungen: Zum einen sollte geklärt werden, welchen Beitrag außerschulische (politische) Jugendbildung zur Verbesserung der Integration von Jugendlichen aus Einwanderungsfamilien leisten kann. Zum zweiten galt es, spezifische Instrumente und didaktische Konzepte zu entwickeln, die auch in andere Handlungsfelder übertragen werden können. Im Rahmen dieser übergeordneten Zielstellungen wurden in auf die jeweiligen Gruppen abgestimmten Angeboten den jugendlichen Schlüsselqualifikationen und sozialen Kompetenzen vermittelt, um ihre Fähigkeit zur

Partizipation und ihre Bereitschaft zur Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu stärken.

In der ersten Phase des Projekts fanden unterschiedlichste Workshops und Trainings statt. Ziel war es, durch spezifische, aufeinander abgestimmte Module jugendliche MigrantInnen in ihrer Alltagsbewältigung zu unterstützen. Es ging darum, sie in die Lage zu versetzen, ihre Interessen selbst zu formulieren und zu vertreten, eigene Fähigkeiten sowie Fertigkeiten zu erkennen und zu stärken (Empowerment) als auch Problemlagen zu erkennen und Lösungsmöglichkeiten zu finden. In der zweiten Phase wurde versucht, die Fähigkeit zur Partizipation und die Bereitschaft zur Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu stärken.

In Kooperation mit Schulen fanden zweitägige Werkstätten/Foren in Westberlin statt. Diese konnten je nach Begehenheit vor Ort in





der Schule oder im nahe gelegenen Jugendzentrum stattfinden. Die Zusammensetzung der Teilnehmenden war unterschiedlich in Altersstruktur und Herkunft je nach SchülerInnenstruktur der einzelnen Schulen und der Stadtteile. Thematisch ging es in den Foren um Problemlagen der Integration und des alltäglichen Zusammenlebens. Durch die dabei angewendeten Methoden konnten die Jugendlichen als gleichberechtigte PartnerInnen und als „Experten in eigener Sache“ auftreten. In den Angeboten vor Ort ging es um Mitbestimmung, um Ausgrenzung und Diskriminierung und um Kinderrechte.

Erfahrungen und Ergebnisse

Die Erfahrungen im Projekt „Das Einwanderungsland Deutschland gemeinsam gestalten“ zeigen: Es ist pädagogisch sinnvoll, Jugendliche mit Migrationshintergrund in ihren natürlichen Gruppen gemeinsam anzusprechen und klassische Inhalte von interkultureller politischer Bildung zu vermitteln: Die Aufarbeitung von Vorurteilen sowie das Anerkennen und Wertschätzen von Unterschieden als gesellschaftliche Bereicherung. Wenn Politische Bildung die Integration von jugendlichen MigrantInnen unter-

stützen soll, ist auch die Entwicklung gemeinsamer Werte mit anderen Jugendlichen als Lebensgrundlage wichtig. Die Förderung der Bereitschaft zu einer die eigene Identität nicht aufhebenden, sondern einbringenden Integration steht im Vordergrund. Der Beitrag der Politischen Bildung zur Integration heißt also durchaus auch: Gemeinsamkeiten auf der Basis von Unterschiedlichkeit entdecken und ein Wir-Bewusstsein entwickeln, das zu „gemeinsamem Engagement für die Gestaltung der Lebenswelt“ führt.

Bei den lokalen Projekten zum Thema Partizipation fiel uns auf, dass den Jugendlichen ihre Rolle, ihre Verantwortung und die Möglichkeiten von Partizipation nicht bewusst sind. Aufgefallen ist ihre niedrige Frustrationstoleranz. Die erarbeiteten Kritikpunkte an bestehenden Zuständen sind zwar produktiv und zielorientiert, die Ideen der Umsetzung oder die Schritte einer erfolgreichen Interessensvertretung fehlen jedoch fast vollständig. Nicht nur dass ihnen dafür die Kompetenzen fehlen, sie wissen weder wie sie handeln sollen, noch an wen sie sich wenden können oder was sie selbst dabei für eine Rolle spielen könnten. Selbstorganisation, Engagement und demokratische Wege sind hierbei Fremdworte. Dies führt zu dem Schluss, dass sich gerade Politische Bildung mit migrantischen Zielgruppen noch stärker direkte Partizipation und Interessensvertretung vor Ort zum Ziel setzen muss.

